

Antrag

des Abgeordneten Josef Bucher
Kolleginnen und Kollegen
betreffend mehr Mitsprache und direkte Demokratie durch „Internet-Volksbegehren“

eingebracht in der 122. Sitzung des Nationalrates im Zuge der Debatte über den Dringlichen Antrag der Abg NR Strache an den Bundeskanzler betreffend die Abhaltung von Volksbefragungen

In Zeiten der Politikverdrossenheit braucht es, um gerade die junge Generation von der Sinnhaftigkeit politischen Agierens im Sinne einer demokratisch geprägten politischen Auseinandersetzung zu überzeugen, mehr Möglichkeiten zur Mitwirkung an den politischen Entscheidungsprozessen wie auch den verstärkten Einsatz von Mitteln der direkten Demokratie.

Eine moderne und schnelle, aber auch kostengünstige Gelegenheit die interessierten Bürger einzubinden bietet das mittlerweile schon weit verbreiteten Angebot der Telekommunikation, im konkreten das Internet.

Seit einer Woche wird engagierten Bürgern beispielsweise auf Initiative der Vorsitzenden des Petitionsausschusses, der BZÖ-Abgeordneten Ursula Haubner, über die Homepage des österreichischen Parlaments die Möglichkeit geboten, online Petitionen und Bürgerinitiativen zu unterstützen.

Ein Blick über den Tellerrand der österreichischen Bürokratie gen Nordwesten der Europäischen Union zeigt uns aber, dass in Großbritannien darüber hinaus auch Volksbegehren über die Homepage des englischen Parlaments beantragt und unterstützt werden können. Ab 100.000 Unterschriften müssen diese sogar verpflichtend von der Volksvertretung diskutiert werden. In England gibt es klare Kriterien, welche Volksbegehren zugelassen werden, beispielsweise werden verhetzende oder diskriminierende Forderungen selbstverständlich ausgesiebt.

In Österreich soll dies eine unabhängige Expertenkommission prüfen und wie in England sollen auch bei uns alle abgewiesenen Begehren veröffentlicht werden, um für maximale Transparenz zu sorgen. Aktiv und passiv teilnahmeberechtigt sollen alle bei Nationalratswahlen wahlberechtigten Österreicherinnen und Österreicher sein. Wer selbst über keinen Internetzugang verfügt, soll seine Unterstützung auch bei öffentlichen Stellen abgeben können. Missbrauch wäre durch klare Teilnahmekriterien auszuschließen; beispielsweise könnte die Nummer eines amtlichen Lichtbildausweises als Identifikationsnachweis neben Namen und Wohnort verlangt werden. Schriftliche Anbringen bei Behörden in jeder technisch möglichen Form zu übermitteln, ist bereits seit der AVG-Novelle 2008 (BGBl I 2008/5) Bestandteil unserer Rechtsordnung (vgl. im Einzelnen § 13 leg.cit.).

Konkret sollen also die Österreicherinnen und Österreicher die Möglichkeit bekommen, via Internet Volksbegehren zu starten und zu unterstützen. Das BZÖ verlangt, dass dieses "Internet-Volksbegehren" ab 100.000 Unterstützern verpflichtend im Parlament behandelt werden soll und es ab 400.000 Unterzeichnern eine verpflichtende Volksabstimmung geben muss.

Wem direkte Demokratie ein Anliegen ist, wird von diesem Ansatz aus leicht die Mittel finden, die berechtigte Forderung nach einem „Internet-Volksbegehren“ umzusetzen. Mit dem "Internet-Volksbegehren" des BZÖ wird auch der Druck auf die herrschende politische Kaste steigen, Politik vermehrt für die Menschen unseres Landes zu machen und nicht wie derzeit vordringlich für Banken und Lobbyisten.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat ehestmöglich einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der sogenannte „Internet-Volksbegehren“ ermöglicht und welcher insbesondere auch folgende Punkte enthält:

1. Möglichkeit für alle wahlberechtigten Österreicher über die Homepage des österreichischen Parlaments Volksbegehren zu starten und zu unterstützen,
2. Verpflichtende Behandlung derartiger Volksbegehren im Parlament ab 100.000 Unterstützern, verpflichtende Volksabstimmung über derartige Volksbegehren ab 400.000 Unterzeichnern,
3. Unterstützung soll auch über allgemein zugängige, öffentliche Endgeräte bei öffentlichen Stellen abgegeben werden können,
4. Vorprüfung der Anträge durch eine unabhängige Expertenkommission an Hand von klaren Kriterien, um beispielsweise verhetzende oder diskriminierende Forderungen auszufiltern.“

Wien, am 12. Oktober 2011